

Gemeinde Kirchheim b. München

Sitzungsniederschrift

Gremium:

Gemeinderat

Sitzung am:

13.05.2025

Sitzungsort:

**Mensa der Grund- und
Mittelschule Kirchheim**

Sitzungsdauer: (von/bis)

19:00 Uhr / 20:15 Uhr

☒ X

Öffentliche
Sitzung

☒ X

Es folgt eine nichtöffentliche
Sitzung

☐

Nichtöffentliche
Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Seiten 90 bis 111,
die Bestandteil dieses Protokolls sind.



Stephan Keck
Erster Bürgermeister



Anita Immler
Schriftführer

Die Sitzungsteilnehmer sind aus der beiliegenden Anwesenheitsliste (**ANLAGE 1**)
ersichtlich.

Genehmigt:

| TOP | Thema |
|------|--|
| 1. | Genehmigung der Niederschriften |
| 1.1. | 04. Gemeinderatssitzung vom 01.04.2025 - öffentlich |
| 2. | Kirchheim 2030 |
| 3. | Kinderbetreuungsangelegenheiten; Anpassung der Elternbeiträge ab September 2025 |
| 4. | Neubau Rathaus - Genehmigung Nachträge |
| 5. | Antrag GRM Gerd Kleiber vom 26.02.2025: "Kommunale Verpackungssteuer"; vertagt vom 11.03.2025 |
| 6. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE Grünen vom 29. April 2025: "Antrag auf Veröffentlichung der Besucherzahlen und Ticketverkäufe der Landesgartenschau 2024" |
| 7. | Mitteilungen aus der Verwaltung |
| 7.1. | Eingegangene Anträge |
| 7.2. | Antworten zu Anfragen |
| 7.3. | Sonstiges |
| 8. | Verschiedenes |
| 9. | Bekanntgabe nicht-öffentlich gefasster Beschlüsse |
| 10. | Anfragen aus dem Gremium |

Der Erste Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Entschuldigt abwesend:

| | |
|---------------|--------------------|
| Gemeinderat | Dirl Michael |
| Gemeinderat | Glasl Franz, Josef |
| Gemeinderätin | Hausladen Marianne |
| Gemeinderat | Huber Luis |
| Gemeinderätin | Vogel Berit |
| Gemeinderat | Zenner Andreas |

Bürgeranfragen:

Herr Weisner zum Collegium 2000 GmbH:

Nach der letzten Versammlung des Hospizvereins wurde klar, mit welchen finanziellen Problemen das Collegium kämpft. Dass die Trägerschaft die Gemeinde übernommen hat, ist vollkommen richtig. Die Gemeinde ist mit der Komplexität der Aufgaben überfordert. Das Betreiben des Seniorenzentrums sollte eine externe, gemeinnützige Organisation übernehmen. Die Fluktuation der Pflegekräfte ist sehr hoch. In anderen Gemeinden werden ähnliche Einrichtungen auch nicht von der Gemeinde betrieben.

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Herzlichen Dank für die Anregung.

Herr Ehrnsperger zur Dauerkarte LGS:

Bringt die Dauerkarte weitere Vorteile für die Besitzer? Soll die Karte weiterhin aufbewahrt werden?

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Ja, bitte noch behalten. Eine Kleinigkeit wird es geben. Die Information dazu wird in der nächsten KiMi-Ausgabe veröffentlicht.

Herr Ehrnsperger zur Radwegverlängerung am Hemstettener Moosweg:

Ist der aufgehäufte Erdwall eine vorübergehende oder eine endgültige Lösung?

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Um den Radweg weiter ausbauen zu können, wurde ein Förderantrag gestellt. Nach tiefgründiger Untersuchung wurde festgestellt, dass die Entwässerung des Hemstettener Moosweges ebenfalls mitgemacht werden muss. Dies führt zu einer deutlichen Verteuerung des Baus. Der bereits gestellte Förderantrag wurde zurückgezogen. In der Konsequenz ist der weitere Ausbau in diesem Jahr nicht mehr möglich. Durch den neu gestellten Förderantrag wird der Ausbau erst im kommenden Jahr möglich.

Herr Ehrnsperger zur Dauerbeleuchtung im Rathaus:

Seit längerem ist es zu beobachten, dass das Licht im neuen Rathaus permanent brennt. Gibt es im Gebäude keinen Lichtschalter? Es wird um Informationen zum neuesten Stand Rathausneubau gebeten.

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

In den nächsten KiMi's wird über den aktuellen Stand Neubau Rathaus ausführlich berichtet, mitunter auch über die Kostenentwicklung.

Antwort Abteilung 3 - Planungs- und Bauwesen:

Es gibt tatsächlich keine Lichtschalter im neuen Rathaus. Die Betätigung bedarf eines vorprogrammierten Systems, das mit einem Tablet gesteuert werden kann. Dieses Bedienfeld kann von den dort tätigen Firmen nicht bedient werden. Aus arbeitssicherheitstechnischen Gründen brennt das Licht dauerhaft. Eingebaut sind energiesparende LED's.

Herr Ehrnsperger zu den Schlaglöchern in der Bajuwarenstraße:

Die Situation stagniert in den letzten Jahren. Nach dem Antrag in der Bürgerversammlung wurde die Ausbesserung der Schlaglöcher versichert. Bis dato ist nichts passiert.

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Die Straße kann nicht umgewidmet werden, sie soll in der jetzigen Form für den Autoverkehr erhalten bleiben. Diesbezüglich gibt es Überlegungen. Um eine dauerhafte Lösung zu finden, werden mehrere Varianten erwogen. Die schlimmsten Schlaglöcher werden demnächst ausgebessert. Dies ist selbstverständlich keine dauerhafte Lösung. Die positive Nebenwirkung des schlechten Zustandes ist, es kann nicht mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren werden. Die Dauerlösung wäre ein Grunderwerb. Die Straße ist für einen Gegenverkehr zu schmal.

Frau Gentz zur AFK Geothermie:

Ein an die AFK Geothermie, an die Bürgermeister der drei Gemeinden und an alle Gemeinderäte gerichteter Brief wird vorgestellt. Die Bürgerinitiative drückt ihren Unmut bezüglich der Preisgestaltung der AFK Geothermie aus. Seit zweieinhalb Jahren hat sich der Preis verdoppelt. An die Gesellschaft wurden etliche Briefe mit der Bitte um Beantwortung der Fragen gerichtet. Eine Antwort kam entweder gar nicht, oder nicht ausreichend. Seitens der AFK gibt es nur eine Verteidigungsstrategie. Der von der SPD-Fraktion eingereichte Antrag liegt seit Januar vor. Über die Bearbeitung haben wir Endverbraucher keine Informationen erhalten. Vom damaligen Versprechen, als die AFK im Aufbau war, kundenfreundlich, preisstabil, klimaneutral zu sein ist lediglich etwas von der Klimaneutralität übriggeblieben. Die Presse wird zunehmend einbezogen. Die Kunden fühlen sich nicht ernst genommen und vertreten. Die Bürgerinitiative wünscht sich eine Einladung zu einem Delegiertentreffen der Arbeitsgruppe AFK. Es wird um die Bearbeitung des Anliegens und Beantwortung der Fragen gebeten.

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Um den Antrag gründlich zu bearbeiten, wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Eine Tagung findet demnächst statt. Final abgestimmt kommt der im Großteil bearbeitete Antrag vor die Gemeinderäte. Es gibt Punkte, die automatisch gelöst werden können, andere bedürfen der Überprüfung im Aufsichtsrat oder in der Gesellschafterversammlung. Der Antrag wird bearbeitet und von der Geschäftsführung, vom Aufsichtsrat und den Bürgermeister sehr ernst genommen.



Offener Brief
an die Geschäftsführung der AFK Geothermie,
die Bürgermeister und Gemeinderäte der Gemeinden
Aschheim, Feldkirchen und Kirchheim

Wir sind eine immer größer werdende Gruppe von AFK-Kunden, die sich vor Jahren mit Begeisterung für unsere örtliche Geothermie entschieden hat und die heute tief enttäuscht, ja sehr verärgert über die Entwicklung der letzten 2 ½ Jahr ist.

Wir dachten, durch die Nutzung unseres heimischen Bodenschatzes wären wir weitgehend unabhängig von fossilen Energieträgern und damit auch von Versorgungs- und Preiskrisen. **Dachten wir!**

Wir dachten daher, die AFK-Garantie (!) von „langfristig stabilen Preisen“ (jahrelanger Slogan auf AFK-Homepage) ist nicht nur physikalisch plausibel, sondern auch ehrlich. **Dachten wir!**

Wir dachten, wenn wir uns mit unserer Wärmeversorgung einem Monopolisten ausliefern, macht das in diesem Falle nichts, handelt es sich doch bei der AFK nicht um einen profitorientierten Energiekonzern, sondern um ein kommunales Unternehmen „von Bürgern für Bürger“. **Dachten wir!**

Wegen der genannten Vorteile waren wir gerne bereit, für unsere klimafreundliche Geowärme auch einen etwas höheren Preis zu zahlen, als z.B. für eine Gasheizung. Letztlich entfallen ja auch Heizungswartungs- und Kaminkehrerkosten.

Leider mußten wir nach Ausbruch des Ukrainekrieges und der darauffolgenden zwischenzeitlichen Energiekrise feststellen, dass Sie unsere Wärmepreise (AP + CO₂-Preis) innerhalb von 15 Monaten (9/2022 – 1/2024) um 119% angehoben haben. Die Preissenkung zum 01.01.2025 um 9 % und der angebotene Rabatt von 0,006 €/kWh wirken dagegen lächerlich!

Auch der Grundpreis stieg seit Sept.2022 um 23 %. Inzwischen liegt er bei knapp 700 € pro Jahr! (Kaminkehrer und jährliche Heizungswartung wären deutlich günstiger).

Die AFK ist damit seit Jahren die teuerste Geothermie-Gesellschaft in Deutschland (Tiefengeothermie-Anteil > 50 %). Und sie ist doppelt so teuer wie Heizen mit Gas.

Viele von uns haben sich in den letzten 2 Jahren schriftlich an die AFK gewandt und um Erklärung und Hintergrundinformationen gebeten. Unsere Anfragen wurden teils ausweichend, teils ablehnend, teils gar nicht beantwortet. Ein Dialog mit den Kunden wurde nicht gesucht, sondern abgeblockt.

Dies hat uns veranlasst, uns zusammenzuschließen und die Gemeinderäte aller Fraktionen in den 3 Gemeinden, in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter des AFK, über unsere Kritik zur Intransparenz und die u.E. unangemessene Preisbildung bei der AFK zu informieren. Ein von allen 3 Gemeinderäten einstimmig angenommener Antrag der SPD (<https://spd-kirchheim-heimstetten.de/news/neues-aus-dem-gemeinderat-in-der-sache-geothermie/>) vom Januar 2025 greift unsere Punkte auf. Leider verläuft auch die Bearbeitung dieses Antrages intransparent und nach unserer Kenntnis sehr schleppend.

Vor diesem Hintergrund bitten wir nun auf diesem Weg um Beantwortung unserer dringenden Fragen:

1. Uns ist bewusst, dass keine Geothermiegesellschaft wie die andere ist; die Randbedingungen unterscheiden sich an jedem Standort. Aber sind die hohen AFK-Preise wirklich durch die hohen Kosten bedingt und berechtigt?

Oder ist es ehrlicherweise nicht so, dass der Arbeitspreis aus der derzeit verwendeten Preisgleitformel resultiert, die zu 100% die Preisentwicklung, v.a. fossiler Energien berücksichtigt?

An dieser Stelle sei daraufhingewiesen, dass Ihre gerne verbreitete Argumentation, die Gaspreise seien nach Ausbruch des Ukrainekrieges um das 4 bis 6 fache gestiegen, der AFK-Preis, dank der „dämpfenden“ Wirkung der Preisgleitformel nur um das Doppelte, verschweigt, dass es sich bei den Gaspreisspitzen um kurzfristige Spitzen (Wochen) handelte, während wir AFK-Kunden die doppelten Preise jetzt schon 2 Jahre zu bezahlen haben.

2. Spiegelt das Kostenelement in Ihrer Preisgleitformel tatsächlich die Kostenentwicklung des zur Wärmeerzeugung und -bereitstellung verwendeten Brennstoffes wider (AVBFernwärmeV)? Warum ist im AFK-Kostenelement der kostenstabile Hauptenergieträger „Erdwärme“ nicht berücksichtigt?
[Anmerkung: bei den meisten anderen Geothermieanbietern unterliegen 5-55% des Arbeitspreises keiner Gleitung, sondern bleiben, wie die Erdwärme auch, preislich konstant. Dies führt bei allen anderen zwangsläufig zu deutlich gedämpfteren Preissteigerungen.]
3. Da sich unser Arbeitspreis, wie beschrieben, aus der Preisentwicklung v.a. fossiler Energieträger (Erdöl, Erdgas, Strom 40% fossil, Fernwärme 80 % fossil) errechnet, deren Preise zu einem großen Teil auch CO₂-Preis getrieben sind, zahlen wir AFK-Kunden bereits über den Arbeitspreis einen unangemessen

hohen CO₂-Preis. Die AFK-Aufwendungen für CO₂-Zertifikate werden damit locker über den entsprechend hohen Arbeitspreis abgedeckt.

Warum bezahlen wir für unsere AFK-Wärme zusätzlich (!) noch einen extra CO₂-Preis (0,685 Ct/kWh netto) der fast so hoch ist, wie ihn Gaskunden zu zahlen haben (1,00 Ct/kWh, netto)? Wir dachten, dass ca.74% unserer Wärme CO₂-frei sind.

4. Warum betreibt die AFK so eine Geheimnistuerei um ihre Geschäftszahlen?

Warum dürfen interessierte Bürger und Kunden ihre Gewinn- und Verlustrechnung nicht einsehen?

Warum hat die AFK ihre Bilanz für das GJ 2022 im Nov. 2024 (!) geändert und den Jahresüberschuss von 320 T€ auf 542 T€ hochgesetzt?

Der Jahresüberschuss 2023 hat sich dann auf 1,1 Mio. € verdoppelt; bzw. ggü. 2021 sogar verdreifacht! Wie hoch ist erst der Überschuss 2024, wenn die drastische Preiserhöhung vom Oktober 2023 ihre volle Wirkung entfaltet? Veröffentlichen Sie diesen Wert auch erst wieder im Mai 2026?

Halten Sie vor diesem Hintergrund der hohen Gewinnsteigerungen Ihre Preis- und Rabattgestaltung noch für moralisch vertretbar?

5. Müssen wir Bestandskunden für den Ausbau der AFK (2. Dublette, Netzerweiterung) bezahlen?

Wir wünschen uns, dass die AFK-Geothermie wieder ein verlässlicher, marktfähiger und bürgernaher Pfeiler unserer kommunalen Wärmeversorgung im Sinne einer umweltbewussten und ressourcenschonenden Strategie wird! Dazu ist zwingend erforderlich, dass ein marktfähiger, konkurrenzfähiger Preis für Wärme angeboten wird.

Im Mai 2025 Bürgerinitiative - AFK FÜR FAIRE PREISE

1. Genehmigung der Niederschriften

1.1. 04. Gemeinderatssitzung vom 01.04.2025 - öffentlich

Beschluss:

Gegen diese Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

Abstimmung:

Anwesende: 19 Ja: 19 Nein: 0

2. Kirchheim 2030

Sachverhalt:

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

3. Kinderbetreuungsangelegenheiten; Anpassung der Elternbeiträge ab September 2025

Sachverhalt:

Der Hauptausschuss hat in seiner nicht-öffentlichen Sitzung am 18.03.2025 bereits vorberatend eine Anpassung der Elternbeiträge ab September 2025 diskutiert. Die letzte Anpassung der Elternbeiträge für den Kindergarten und alle nachschulischen Betreuungsformen erfolgte zum September 2024. Aufgrund der momentanen Haushaltssituation und der stetig steigenden Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen, sollen die Elternbeiträge ab September 2025 nochmals moderat angepasst werden. Da die Krippengebühren faktisch am höchsten sind, sollen diese nicht angepasst werden. Die Elterngebühren für den Kindergarten und die nachschulische Betreuung sollen in einem moderaten Rahmen um 20 Euro in der niedrigsten Buchungszeit angepasst werden. Bei hohen Buchungszeiten sollen die Gebühren etwas stärker angepasst werden, da hier in der Regel die Personalkosten im Vergleich zu den betreuten Kindern in einem ungleichen Verhältnis stehen.

Der Gemeinderat beschließt die Gebühren der Kinderbetreuungseinrichtungen (Krippe, Kindergarten, Hort, Kooperativer Ganztag und Mittagsbetreuung), damit einheitliche Gebühren im Gemeindegebiet gelten. Davon ausgenommen ist die Kindertagespflege, da diese über das Landratsamt München läuft, sowie die Spielgruppe der Nachbarschaftshilfe und des Familienzentrums, die selbst ihre Gebühren festlegen.

Durch die Anpassung der Elternbeiträge soll gesichert werden, dass die Großraumzulage und die Arbeitsmarktzulage für pädagogisches Personal, als auch die stetig steigenden Personal- und Betriebskosten weiterhin im Rahmen der Defizitvereinbarungen refinanziert werden können und diese auskömmlich sind. Mit allen Trägern bestehen sogenannte Defizitvereinbarungen. Hierfür gibt es keine gesetzliche Grundlage oder Verpflichtung und sie sind somit eine freiwillige Leistung. Nachdem wie oben geschrieben die Gemeinde Kirchheim in allen Einrichtungen einheitliche Gebühren festlegt um moderate Elterngebühren zu schaffen, resultiert daraus jedoch eine gewisse Verpflichtung. Auch der bayerische Gemeindetag und das Sozialministerium empfehlen Defizitvereinbarungen.

Gemäß den Vorgaben im Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) finanzieren sich Kinderbetreuungseinrichtungen durch einen jährlich festgelegten kindbezogenen staatlichen und zu nahezu gleichen Anteilen kommunalen Förderanteil (bei Kindergärten und Horten rund 60-70 % der Betriebskosten) und durch Elternbeiträge (ca. 25 % der Betriebskosten). Aktuell liegen die Elternbeiträge bei ca. 12 %. Der Rest wird dann als freiwilliger Zuschuss durch die Gemeinde über Defizitvereinbarungen finanziert. Jeweils zwei Jahre im Nachhinein erhält die Gemeinde noch die U3-Bundesmittel für die Krippenkinder, was wiederum das tatsächliche Defizit etwas schmälert.

Eine Einkommensabhängige Gebührenstaffelung ist nach intensiver Prüfung durch die Gemeindeverwaltung und nach Rücksprache mit den großen Trägern am Ort, die auch Einrichtungen in München betreiben, nicht umsetzbar. Die regelmäßige Überprüfung der Einkommen bedeutet einen enormen Verwaltungsaufwand, der von den Trägern nicht übernommen wird. In der Gemeindeverwaltung stehen hierfür keine Kapazitäten zur Verfügung. Die Gestaltung der Elternbeiträge durch die Träger selbst wird aus sozialen Aspekten von den Trägern, als auch vom Kreisjugendamt München sehr kritisch gesehen. Daher sollen wie bisher die Elterngebühren für die Kinderbetreuungseinrichtungen vom Gemeinderat beschlossen werden.

Aktuelle Gebühren für den Kindergarten und Vorschlag angepasste Gebühren:

Aktuell liegen die maximalen Elternbeiträge bei einer Vollzeitbetreuung von 10 Stunden im Kindergarten nach der aktuellen Gebührentabelle der Gemeinde Kirchheim bei 221 €. Durch die Einführung des 100 €-Zuschusses der Bundesregierung seit 01.04.2019 müssen die Eltern dann faktisch 121 € entrichten. Den 100 €-Zuschuss erhält die Einrichtung respektive der Träger direkt. Bei den in der Tabelle aufgezeigten Elternbeiträgen werden für den

Kindergartenbereich immer die aktuelle Gebühr und die faktische Gebühr nach Abzug des staatlichen 100 €-Zuschusses gezeigt:

| Buchungszeit in Stunden | Aktuelle Gebühr | Faktische Gebühr abz. 100 € staatl. Beitragszuschuss | Vorschlag Anpassung (Faktische Gebühren in rot) |
|-------------------------|-----------------|--|---|
| 3 - 4 | 130 € | 30 € | + 20 € = 150 € → 50 € |
| 4 - 5 | 143 € | 43 € | + 22 € = 165 € → 65 € |
| 5 - 6 | 156 € | 56 € | + 24 € = 180 € → 80 € |
| 6 - 7 | 169 € | 69 € | + 26 € = 195 € → 95 € |
| 7 - 8 | 182 € | 82 € | + 28 € = 210 € → 110 € |
| 8 - 9 | 195 € | 95 € | + 30 € = 225 € → 125 € |
| 9 - 10 | 208 € | 108 € | + 32 € = 240 € → 140 € |
| 10 - 11 | 221 € | 121 € | + 34 € = 255 € → 155 € |

Voraussichtliche Mehreinnahmen bei Berechnung mit dem Mittelwert der Gebührenanpassung: 27 € x 452 Plätze x 12 Monate = 146.448 €

Nach Art. 19 Nr. 5 BayKiBiG sind die Elternbeiträge entsprechend den Buchungszeiten nach Art. 21 Abs. 4 Satz 6 BayKiBiG zu staffeln. Die Elternbeitragsstaffelung zwischen den einzelnen Buchungszeitkategorien muss mindestens 10 v.H. des für die Buchungszeitkategorie >3 Stunden bis 4 Stunden (beim Hort 2-3 Stunden) betragen.

Aktuelle Gebühren für den Hort und Vorschlag angepasste Gebühren:

| Buchungszeit in Stunden | Aktuelle Gebühr | Vorschlag Anpassung |
|-------------------------|-----------------|---------------------|
| 2 - 3 | 110 € | + 20 € = 130 € |
| 3 - 4 | 121 € | + 22 € = 143 € |
| 4 - 5 | 132 € | + 24 € = 156 € |
| 5 - 6 | 143 € | + 26 € = 169 € |
| 6 - 7 | 154 € | + 28 € = 182 € |
| 7 - 8 | 165 € | + 30 € = 195 € |
| 8 - 9 | 176 € | + 32 € = 208 € |
| 9 - 10 | 187 € | + 34 € = 221 € |

Voraussichtliche Mehreinnahmen bei Berechnung mit dem Mittelwert der Gebührenanpassung: 27 € x 170 Plätze x 12 Monate = 55.080 €
Hierbei wird im Hort / Haus für Kinder II mit 90 Kindern gerechnet!

Aktuelle Gebühren für den Kooperativen Ganzttag in der Grundschule der Grund- und Mittelschule und Vorschlag angepasste Gebühren:

Beim Kooperativen Ganzttag bestehen im Gegensatz zum Hort gebündelte Buchungszeitkategorien.

| Buchungszeit in Stunden | Aktuelle Gebühr | Vorschlag Anpassung |
|-------------------------|-----------------|---------------------|
| bis 15 Std/Woche | 110 € | + 20 € = 130 € |
| bis 25 Std/Woche | 132 € | + 24 € = 156 € |
| über 25 Std/Woche | 143 € | + 26 € = 169 € |

Voraussichtliche Mehreinnahmen bei Berechnung mit dem Mittelwert der Gebührenanpassung: 23,333 € x 100 Plätze x 12 Monate = 28.000 €

Aktuelle Gebühren für die Mittagsbetreuung an der Silva Grundschule und Vorschlag angepasste Gebühren:

Auch für die Mittagsbetreuung als (noch) nicht gesetzlich verpflichtendes Betreuungsangebot sollten die Elternbeiträge in diesem Zuge angepasst werden um eine gewisse Einheitlichkeit der Elterngebühren in der Schulkindbetreuung zu erzielen. Die Mittagsbetreuung als schulische Einrichtung finanziert sich durch eine staatliche Förderung pro Gruppe (je 12 Kinder) nach Buchungszeiten gestaffelt, die Elternbeiträge und ebenfalls durch einen gemeindlichen Zuschuss. Auch mit dem Träger der Mittagsbetreuung besteht eine Defizitvereinbarung. Aufgrund der teilweise schwankenden Kinderzahlen und der gruppenbezogenen, statt kindbezogenen staatlichen Förderung, bezuschusst die Gemeinde Kirchheim die Mittagsbetreuung mit 750 € pro Kind pro Schuljahr.

| Buchungszeit nach Schülende | Aktuelle Gebühr | Vorschlag Anpassung |
|--------------------------------------|------------------------|----------------------------|
| bis 14.00 Uhr (ohne Hausaufgaben) | 95 € | + 20 € = 115 € |
| bis 15.30 Uhr (mit Hausaufgaben) | 125 € | + 24 € = 149 € |
| bis 17.00 Uhr (mit Hausaufgaben) | 135 € | + 26 € = 161 € |

Voraussichtliche Mehreinnahmen bei Berechnung mit dem Mittelwert der Gebührenanpassung: $23,333 \text{ €} \times 130 \text{ Plätze} \times 11 \text{ Monate} = 33.367 \text{ €}$

Da es (noch) keine Ferienbetreuung durch die Mittagsbetreuung gibt, entfällt der August für die Beitragserhebung.

Finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten:

In besonderen finanziellen Härtefällen kann beim Kreisjugendamt München eine anteilige oder vollständige Übernahme der Elternbeiträge für alle Einrichtungsformen beantragt werden. Familien, die keine staatlichen Zuschüsse erhalten, sich aber in einer finanziellen Krise befinden, können Unterstützung durch den Hilfsfonds „Bürger helfen Bürgern“ bei der Gemeindeverwaltung beantragen. Zudem unterstützt in Einzelfällen nach Rücksprache mit der Gemeinde unbürokratisch das Soziale Netz Kirchheim (SNK), die Trödelhalle oder das Kleider Café. Zusätzlich werden pro Kind pro Jahr auf Antrag der Einrichtung 3,00 € von der Gemeinde im Rahmen des Sozialfonds für Ausflüge oder Projekte ausbezahlt.

Weitere freiwillige Leistungen für die Kinderbetreuungseinrichtungen durch die Gemeinde:

Über die oben genannten Defizitvereinbarungen und den Sozialfonds hinaus sind bei der Gemeinde Kirchheim vier Kita-Springerinnen angestellt, die alle zehn Einrichtungen am Ort personell nach Bedarf und roulierend unterstützen. Zudem gibt es eine Geschwisterermäßigung von monatlich 30 Prozent der Elterngebühren für das dritte und jedes weitere gleichzeitig betreute Kind einer Familie in einer Kirchheimer Kinderbetreuungseinrichtung. Als Personalbindungsmaßnahme erhalten darüber hinaus Fachkräfte in Kirchheimer Kinderbetreuungseinrichtungen, deren Kind in einer Kirchheimer Einrichtung betreut wird einen Fachkräfterrabatt von 50 Prozent, den die Gemeinde Kirchheim übernimmt. In Summe bezuschusst damit die Gemeinde Kirchheim die Kinderbetreuungseinrichtungen, die Eltern und das pädagogische Personal jährlich zusätzlich mit knapp 1,6 Millionen Euro. In den letzten Monaten meldeten sich vermehrt Träger bei der Gemeindeverwaltung, dass aufgrund der Tarifierungen und Lohnerhöhungen die vereinbarten Defizitgrenzen zukünftig nicht mehr ausreichen werden um den ungedeckten Betriebsaufwand auszugleichen. Die Notwendigkeit zur Anpassung der Elternbeiträge meldet auch die Aufsichtsbehörde zurück. Mit Blick auf den Neubau „Haus für Kinder II“ an der Martin-Luther- Straße mit einem Hort für bis zu 200 Kinder und eventuell noch weitere zukünftige Kinderbetreuungseinrichtungen ist es dringend notwendig die Gebühren anzupassen, da auch dort weitere Defizite dazukommen werden.

Im Anhang ist zum Vergleich mit anderen Landkreiskommunen eine Übersicht der Elterngebühren angefügt. Es zeigt sich, dass Kirchheim bei den Elterngebühren im Mittelfeld liegt. Es ist weiterhin bekannt, dass viele andere Landkreis-Kommunen die Elterngebühren

zum September 2025 ebenfalls anpassen. Zudem soll auch das BayKiBiG und insbesondere die kindbezogene Förderung weiterentwickelt werden. Wann dies umgesetzt wird ist jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar.

Haushaltrechtliche Auswirkungen (Stellungnahme der Kämmerei):

Die Finanzverwaltung befürwortet angesichts der aktuellen Haushalts- und Finanzlage die Gebührenanpassung, da ohne diese eine Erhöhung der Defizitübernahmen zur Folge hätte.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt folgendes:

1. Die Elternbeiträge werden ab September 2025 für das KiTa-Jahr 2025/26 im Kindergarten für die Mindestbuchungszeit von 3-4 Stunden von 130,00 € auf 150,00 € pro Kind und Monat angepasst. Die Elternbeitragsstaffelung erhöht sich bei den einzelnen Buchungszeitkategorien jeweils um den Wert von 10 v.H. (15 €) der Mindestbuchungszeit für den Kindergarten.
2. Die Elternbeiträge werden ab September 2025 für das KiTa-Jahr 2025/26 für die Horte für die niedrigste Buchungszeit von 2-3 Stunden von 110,00 € auf 130,00 € pro Kind und Monat angepasst. Die Elternbeitragsstaffelung erhöht sich bei den einzelnen Buchungszeitkategorien jeweils um den Wert von 10 v.H. (13 €) der niedrigsten Buchungszeit für die Horte.
3. Die Elternbeiträge werden ab September 2025 für das Schuljahr 2025/26 für den Kooperativen Ganzttag für die niedrigste Buchungszeit bis 15 Stunden von 110,00 € auf 130,00 € pro Kind und Monat angepasst. Für die Buchungszeit bis 25 Stunden pro Woche von 132,00 € auf 156,00 € angepasst. Und für die Buchungszeit über 25 Stunden pro Woche von 143,00 € auf 169,00 € angepasst.
4. Die Elternbeiträge werden ab September 2025 für das Schuljahr 2025/26 für die Mittagsbetreuung in der Buchungszeit bis 14.00 Uhr ohne Hausaufgaben von 95,00 € auf 115,00 €, in der Buchungszeit bis 15.30 Uhr mit Hausaufgaben von 125,00 € auf 149,00 € und in der Buchungszeit bis 17.00 Uhr mit Hausaufgaben von 135,00 € auf 161,00 € angepasst.

Abstimmung:

Anwesende: 19

Ja:

19

Nein:

0

4. Neubau Rathaus - Genehmigung Nachträge

Sachverhalt:

Mit Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2025 wurden zu der Budgeterhöhung die Nachträge gemäß Nachtragsliste bis zur Nummer 323 genehmigt.

Im Zeitraum, seit dem 11.03.2025, wurden im Zuge der Baumaßnahme Nachtragsangebote der ausführenden Firmen vorgelegt, durch die Fachplaner und die Projektsteuerung geprüft. Von Seiten der Gemeinde sind diese freizugeben bzw. zu beauftragen.

Die Kosten hierfür sind bereits in der Budgeterhöhung enthalten. Die Beauftragung der Nachträge ist unumgänglich, um die Maßnahme voranzubringen bzw. keine weiteren Kosten durch Verzögerungen zu verursachen.

Die zu beauftragten Nachträge sind in den nichtöffentlichen Unterlagen aufgeführt.

Beschluss:

Die Beauftragung der Nachträge gemäß Auflistung vom 29.04.2025, angehängt in den nichtöffentlichen Unterlagen, wird genehmigt.
Die Auflistung wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmung:

Anwesende: 19

Ja:

18

Nein:

1

5. Antrag GRM Gerd Kleiber vom 26.02.2025: "Kommunale Verpackungssteuer"; vertagt vom 11.03.2025

| | | | | | |
|---------------------------|--------------|-----------------|----------|-------------------------|--|
| Beratungsfolge: | | Sitzungstermin: | TOP-Nr.: | Abstimmung Ja Nein | |
| Sitzung des Gemeinderates | beschließend | 11.03.2025 | 12. | | |

Sachverhalt:

Auf beiliegenden Antrag wird verwiesen.

Am 27.03.25 fand eine Informationsveranstaltung der Deutschen Umwelthilfe zum Thema Planung, Umsetzung und Finanzierung einer kommunalen Verpackungssteuer statt. In der Veranstaltung schilderte die Universitätsstadt Tübingen auch ihre Erfahrungen mit der Verpackungssteuer. Die Verwaltung fasst die Ergebnisse der Veranstaltung wie folgt zusammen:

Zweck der Verpackungssteuer

Laut Verband kommunaler Unternehmen (VKA) stammen ca. 40% des Straßenmülls aus Einwegverpackungen. Zweck der Verpackungssteuer:

- Sichtbare Reduktion des Mülls im öffentlichen Raum
- Materialunabhängige Geltung (Papier, Kunststoff, Alu, Holz, etc.)
- Höheres Mehrwegangebot und vermehrte Mehrwegnutzung durch finanziellen Anreiz
- Einnahmen (nicht zweckgebunden)

Grundlegendes

- Erstmalige Einführung einer Verpackungssteuer in Deutschland im Jahr 2022 durch die Stadt Tübingen (Baden Württemberg)
- In 2022 Klage durch eine Franchise-Nehmerin von McDonald's in Tübingen über mehrere Instanzen → Bundesverfassungsgericht urteilt am 22.01.2025: Erhebung von Verpackungssteuern durch Kommunen ist zulässig und verfassungsgemäß
- Konstanz (BW) führte zum 01.01.2025 als zweite Kommune in Deutschland eine Verpackungssteuer ein
- Freiburg (BW) führt zum 01.01.2026 ebenfalls eine Verpackungssteuer ein
- Beschlüsse zur Einführung einer Verpackungssteuer außerdem bereits in Stuttgart und Köln

Rechtslage in Bayern:

Gem. Art. 3 Abs. 1 Kommunalabgabengesetz (KAG) können Gemeinden örtliche Verbrauchssteuern erheben, solange und soweit diese nicht bundesrechtlich geregelten Steuern gleichartig sind. Gem. Art. 2 Abs. 3 KAG bedürfen Satzungen nach Art. 3 KAG der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde, wenn durch die Satzung erstmalig eine in Bayern bisher nicht erhobene kommunale Steuer eingeführt wird. Darüber hinaus bedarf die Genehmigung der Zustimmung des Bayerischen Innenministeriums.

Steuerpflichtige

- Steuerpflichtig sind **Endverkäufer von Speisen und Getränken**, die Speisen und Getränke in Einwegverpackungen oder mit Einweggeschirr oder Einwegbesteck verkaufen, sofern die Speisen und Getränke darin bzw. damit für den unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle oder als mitnehmbares take-away-Gericht oder – Getränk verkauft werden.
- z.B. alle Restaurants mit „Take-away“: Imbiss, Cafés, Lieferdienste, Eisdielen, Metzgereien, Bäckereien, Supermärkte, Tankstellen, Systemgastronomie, etc.

Zahlen/Einnahmen**Tübingen:**

- 92.000 Einwohner
- Ca. 200 steuerpflichtige Betriebe
- Ansatz Einnahmen 2025: 800.000 €

Kosten/Aufwand/Zuständigkeiten

- Umfassende Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit notwendig → Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Kultur, Referat für Wirtschaftsförderung, Umweltamt
- Ermittlung der Steuerpflichtigen, Plausibilitätsprüfungen, Steuerverfahren → Steueramt
- Widerspruchs- und Klageverfahren → LRA München
- Aussetzungen, Stundungen, Niederschlagungen → Steueramt/Kasse
- Mahnverfahren u. Vollstreckung → Kasse

Personalkosten Tübingen:

- Bei ca. 200 steuerpflichtigen Betrieben ab 2025 eine 50% Sachbearbeiter-Stelle

Zusammenfassung

Zweck der Steuer ist eine materialunabhängige Reduktion von Einwegverpackungen, Einweggeschirr und Einwegbesteck und damit einhergehend auch die Reduzierung des Reinigungs- und Entsorgungsaufwands. Es liegt in der Natur der Steuer, dass sich bei erfolgreicher Umsetzung die Einnahmen künftig reduzieren werden. Grundsätzlich muss diese Art von Steuer nicht auf den Endverbraucher umgelegt werden. Die Steuer ist vom Betrieb an die Gemeinde zu entrichten. Über eine Umlegung der Steuer auf den Endkunden entscheidet allein der Betrieb. Die Erhebung der Steuer erfolgt in Form eines Formulars, in dem der Steuerpflichtige die Anzahl der verkauften Einwegmaterialien angeben muss. Anschließend erfolgt eine Plausibilitätsprüfung durch die Verwaltung und der Erlass des Steuerbescheids.

Nächste Schritte

Bei positivem Beschluss wären folgende Schritte als Nächstes durchzuführen:

- 1) Satzungsentwurf und Beschluss einer Verpackungssteuer-Satzung
- 2) Genehmigung der Satzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde
- 3) Einholung der Zustimmung durch das Bayerische Innenministerium

Beschluss:

Der Antrag wird angenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat einen entsprechenden Satzungsentwurf zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

Abstimmung:

Anwesende: 19

Ja:

8

Nein:

11

Antrag von Gerd Kleiber (parteilos)

Der Gemeindeverwaltung möge die Einführung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen für ortsansässige Betriebe (Gastronomie) prüfen und dem Gemeinderat einen entsprechenden Beschlussvorschlag unterbreiten.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass eine Verpackungssteuer verfassungsgemäß ist und im Verfügungsbereich der jeweiligen Gemeinde liegt. Auch Kirchheim hat ein Müllproblem, u.a. mit MacDonalds entlang der Staatsstraße sowie z.B. Verpackungen (Pizza, Subway..) im Bereich REZ / Gymnasium. Daher soll die Verwaltung prüfen, wie eine Verpackungssteuer auf Einweg-Lebensmittelverpackungen im To-Go-Bereich eingeführt werden könnte.

Die Stadt Tübingen hat die Steuer im Jahr 2022 eingeführt und jetzt im Rechtsstreit gesiegt. Weitere Informationen bzgl. Umsetzung und Erfahrungen in den nachfolgenden links:

<https://kommunal.de/Tuebingen-Verpackungssteuer-rechtens-Erfahrungen>

<https://www.tuebingen.de/verpackungssteuer>

6. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE Grünen vom 29. April 2025: "Antrag auf Veröffentlichung der Besucherzahlen und Ticketverkäufe der Landesgartenschau 2024"

Sachverhalt:

Gemeinderatsmitglied Dr. Christian Zenner übersandte mittels E-Mail vom 29. April 2025 einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in welchem die Veröffentlichung der Besucherzahlen und Ticketverkäufe der Landesgartenschau begehrt wird. Der Antrag wurde der vorliegenden Sitzungsvorlage als Anlage beigelegt.

Wir bewerten den Antrag als thematisch einfachen Antrag im Sinne des § 24 Abs. 4 Satz 2 GeschO. Angesichts der Tatsache, dass der Antrag nicht in einer derartigen Weise aufbereitet wurde, dass über den Gegenstand unmittelbar abgestimmt werden könnte, haben wir – entgegen der GeschO – eine Beschlussempfehlung formuliert, um eine effiziente Beratung und Beschlussfassung sicherzustellen. Wir gehen davon aus, dass diese Vorgehensweise im Interesse der Antragsteller liegt.

Die vorliegende Darstellung fasst die wesentlichen Aspekte der Durchführung und der bisherigen Ergebnisse der Landesgartenschau 2024 zusammen. Das Projekt hat in vielfacher Hinsicht beträchtlichen Erfolg erzielt. So wurde nicht nur das intern gesetzte Besucherziel erreicht, sondern auch ein intensives Gemeinschaftserlebnis geschaffen, das weit über den reinen Charakter einer klassischen Veranstaltung hinausgeht. Dabei steht vor allem der nachhaltige Beitrag zur langfristigen Entwicklung unserer Gemeinde im Mittelpunkt.

Die interne Kalkulation illustriert, dass die Veranstaltung weit mehr geleistet hat als die kurzfristige Generierung von Einnahmen durch Eintrittsgelder. Eine rein monetäre Betrachtung greift zu kurz; vielmehr stehen die Schaffung neuer Grünflächen, Begegnungsorte und ökologische Aufwertungen im Fokus – Maßnahmen, die das Ortsbild nachhaltig prägen und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger substanziell verbessern.

Zusammenfassend zeigt diese Bewertung, dass die Landesgartenschau 2024 weit mehr als ein rein wirtschaftliches Ereignis darstellt. Sie setzt einen dauerhaften, positiven Impuls für die Gemeinde, der sich nachhaltig in der städtebaulichen Entwicklung und in der Verbesserung des allgemeinen Lebensumfelds widerspiegelt.

Aus verwaltungsseitigen Gründen wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die exakten Zahlen zu verkauften Tages- und Dauerkarten sowie die daraus resultierenden Einnahmen nicht veröffentlicht werden sollten. **Die Verwaltung rät ausdrücklich von einer Veröffentlichung dieser Daten ausdrücklich ab.** Diese Entscheidung beruht einerseits auf der Notwendigkeit, die geschäftlichen Daten der beauftragten Durchführungsgesellschaft zu schützen, und andererseits darauf, den Fokus konsequent auf die langfristigen Werte und nachhaltigen Erfolge der Landesgartenschau zu lenken. **Ein ablehnender Beschluss würde das Bestreben der Gemeinde untermauern, die langfristig orientierte und nachhaltige Ausrichtung der Landesgartenschau in den Vordergrund zu stellen und gleichzeitig den Schutz sensibler wirtschaftlicher Daten sicherzustellen.**

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass eine Offenlegung der genannten Zahlen im Kontext der bisherigen Landesgartenschauen nicht der gängigen Praxis entspricht. Eine Veröffentlichung dieser Daten würde wohl auch nicht mit der grundlegenden Ausrichtung der Bayerischen Landesgartenschau GmbH (ByLGS) in Einklang stehen, da der Fokus einer Landesgartenschau vorrangig auf nachhaltigen und gesellschaftlich wertvollen Impulsen liegt und nicht auf der Darstellung wirtschaftlicher Kennzahlen. Zudem sollte bedacht werden, dass eine Publikation der Verkaufszahlen unweigerlich einen Erwartungsdruck auf zukünftige Landesgartenschau-Projekte erzeugen würde, indem Vergleiche angestellt und möglicherweise Erwartungen formuliert werden, wonach ein vergleichbarer oder gar höherer Besucherzuspruch generiert werden müsse.

Beschlussvorschlag:**Alternative 1 (zustimmender Beschluss)**

Der Erste Bürgermeister wird in seiner Funktion als Vertreter der Gemeinde in der Gesellschafterversammlung angewiesen, die Geschäftsführung der Kirchheim 2024 GmbH hiermit ausdrücklich anzuweisen, sämtliche erforderlichen Unterlagen zu erstellen, aus denen die Besucherzahlen sowie die Erlöse aus den Ticketverkäufen der Landesgartenschau ersichtlich sind. Die zu erstellenden Unterlagen haben folgende Inhalte zu umfassen:

- Detaillierte statistische Erhebungen, aus denen die tatsächlichen Besucherzahlen der Landesgartenschau hervorgehen,
- Eine differenzierte Aufschlüsselung der verkauften Dauerkarten und Tageskarten,

Nach Vorlage der genannten Unterlagen wird der Erste Bürgermeister angewiesen, diese auf der Homepage der Gemeinde zu veröffentlichen.

Alternative 2 (ablehnender Beschluss)

Der Erste Bürgermeister wird in seiner Funktion als Vertreter der Gemeinde in der Gesellschafterversammlung ausdrücklich angewiesen, die Geschäftsführung der Kirchheim 2024 GmbH **nicht** anzuweisen, die Erstellung sämtlicher Unterlagen zu veranlassen, aus denen die Besucherzahlen sowie die Erlöse aus den Ticketverkäufen der Landesgartenschau ersichtlich sind.

Haushaltrechtliche Auswirkungen (Stellungnahme der Kämmerei):

Keine.

Beschluss:

Der Erste Bürgermeister wird in seiner Funktion als Vertreter der Gemeinde in der Gesellschafterversammlung ausdrücklich angewiesen, die Geschäftsführung der Kirchheim 2024 GmbH **nicht** anzuweisen, die Erstellung sämtlicher Unterlagen zu veranlassen, aus denen die Besucherzahlen sowie die Erlöse aus den Ticketverkäufen der Landesgartenschau ersichtlich sind.

Abstimmung:

Anwesende: 19

Ja:

11

Nein:

8

Dr. Christian Zenner
Stockäckerring 95
85551 Kirchheim b. München



Gemeinde Kirchheim bei München
Bürgermeister Stephan Keck
Münchner Straße 6
85551 Kirchheim b. München

Antrag auf Veröffentlichung der Besucherzahlen und Ticketverkäufe der Landesgartenschau 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Keck,
Lieber Stephan,

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt die Veröffentlichung der Besucherzahlen und Ticketverkäufe der Landesgartenschau 2024 in Kirchheim. Es sollen detaillierte Statistiken zu den Besucherzahlen, verkauften Dauer- und Tageskarten sowie Erlöse aus den Verkäufen auf der Webseite der Gemeinde Kirchheim veröffentlicht werden. Angesichts der hohen Summe an öffentlichen Zuschüssen von Freistaat, Bund und Europäischer Union ist größtmögliche Transparenz geboten. Die Zahlen, die dem Gemeinderat in nichtöffentlicher Sitzung am 11.3.2025 präsentiert wurden, stellen sich als durchaus positiv dar und sollten den Bürgerinnen und Bürgern nicht vorenthalten werden.

Haushaltsrechtliche Auswirkungen

Keine. Die Statistiken wurden dem Gemeinderat bereits in nichtöffentlicher Sitzung am 11.3.25 präsentiert. Die Veröffentlichung auf der Webseite der Gemeinde ist mit nur minimalem Aufwand zu bewerkstelligen.

Wir bitten um Behandlung des Antrags in der nächsten Gemeinderatssitzung am 13.5.2025.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'C. Zenner', is written over a light blue horizontal line.

Dr. Christian Zenner

7. Mitteilungen aus der Verwaltung

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Stephan Keck berichtet über den genehmigten Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025:

Bescheid:

1. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung zur Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen i.H.v. 8.961.000 €, Euro für das Haushaltsjahr 2025 wird erteilt.
2. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung für Verpflichtungsermächtigungen 1. H. v. 6.000.000 Euro wird erteilt.
3. Die Genehmigung unter der Ziffer 1. und 2. Werden mit den folgenden Auflagen verbunden:
 - a)
Bis zum 30.06.2025 ist ein überarbeiteter Finanzplan für die Finanzplanungsjahre 2026 bis 2028 vorzulegen, aus dem im Mindesten hervorgeht, dass die nach § 22 Abs. 1, Satz 2 KommHV-Kameralistik vorgeschriebene ordentliche Tilgung von Krediten aus dem Verwaltungshaushalt (=Mindestzuführung) noch innerhalb des Planungszeitraums wieder geleistet werden kann.
 - b)
Es ist ein Antrag auf Übernahme der Kosten für die Erstellung eines Gutachtens zur Haushaltskonsolidierung beim Staatsministerium der Finanzen und für Heimat zu stellen (Bedarfszuweisung gem. Art. 11 BayFAG) und ein solches sodann, vornehmlich beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV), in Auftrag zu geben.
4. Der Bescheid ergeht kostenfrei.

7.1. Eingegangene Anträge

Sachverhalt:

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

7.2. Antworten zu Anfragen

Sachverhalt:

**Antwort zur Anfrage aus dem Gremium 04. Gemeinderatssitzung vom 01.04.2025
TOP 8 öffentlich**

GRM A. Zenner zur Heimstettner Straße:

Wann ist mit der Fertigstellung zu rechnen?

Antwort der Abteilung 3 – Planungs- und Bauwesen:

Im Rahmen Kirchheim 2030 werden aktuell diverse Sparten im Schlehenring neu verlegt. Während dieser Arbeiten kann der Straßenbau dort nicht erfolgen. Aus wirtschaftlichen Gründen sollen die Straßenbauarbeiten aus Kirchheim 2030 aber gebündelt abgehandelt werden. Aus diesem Grund werden in diesem Jahr erst Ende September bis Ende November Straßenbauarbeiten stattfinden.

Dies umfasst:

- Maikäferstraße: Bauschadensanierung und Asphaltdeckeneinbau
- Schmetterlingstraße: Fertigstellung Einfassungen und Asphaltdeckeneinbau
- Schlehenring: Bau Gehwege und Parkplätze
- Heimstettner Straße: Herstellung Anschlussbereich Johannisbeerenweg

GRM Vogel zur Parksituation in der Rathausstraße:

Entlang der Straße stehen oft fremde LKW-s. Wann kann die gelbe Straßenmarkierung entfernt werden, damit auf diesem Straßenabschnitt nicht mehr geparkt werden darf?

Antwort Abteilung 3 – Planungs- und Bauwesen:

Die gelben Markierungen werden für den Bauablauf am neuen Rathaus weiterhin benötigt. Zum einen wäre es sonst nicht erlaubt aus den beiden Baustellenausfahrten nach links, Richtung Staatsstraße, auszufahren, zum anderen werden mit zunehmender Bautätigkeit im Bereich der Freianlagen die Parkplätze für die Firmen auf dem Baugelände wegfallen, diese müssen dann wieder auf der Straße parken.

GRM Neubauer zur Parksituation in den Siedlungen:

Auf den Parkplätzen werden Wohnmobile und Anhänger dauerhaft abgestellt. Welche Möglichkeiten hat die Gemeinde das dauerhafte Parken zu verhindern? Wäre das Einführen zeitlich begrenzter Parkplätze möglich? Es wird um die Überprüfung der Thematik gebeten.

Antwort Abteilung 3 – Tiefbau und Verkehrswesen:

Zugelassene und betriebsbereite Fahrzeuge im Rahmen der StVO unabhängig vom Wohnort des Fahrzeughalters dürfen geparkt werden.

Hinsichtlich der Einrichtung von „Zonen mit Sonderparkrechten für Bewohner“ verweist die Verwaltung auf Ihre Ausführungen im Top 6.1. des 10. Bauausschuss am 21.11.2023.

Es wird darauf hingewiesen, dass erfahrungsgemäß selbst wenn ein Anordnungsgrund für eine Beschränkung von Parkplätzen, sei es im Rahmen einer zeitlichen Begrenzung oder auf bestimmte Fahrzeugarten, vorliegen würde, dies lediglich zu einer Verschiebung der vermeintlichen Problematik an die nächste geeignete Stelle führen würde, da eine solche Regelung an der Anzahl der Fahrzeuge naturgemäß nichts ändert.

7.3. Sonstiges

Sachverhalt:

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

8. Verschiedenes

Sachverhalt:

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

9. Bekanntgabe nicht-öffentlich gefasster Beschlüsse

Sachverhalt:

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

10. Anfragen aus dem Gremium

Diskussionsverlauf:

GRM Dr. Harlander zu den Bußgelder und Ordnungswidrigkeitsverfahren bei Vermüllung:

Welche Regelungen gelten beim erwähnten Verstoß? Kann der Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen darüber informiert werden?

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Es wird veranlasst.

GRM Prohaska zur frühzeitigen Ablage gelber Säcke in Hausen:

Teilweise werden die gelben Säcke eine Woche vor Abholung, manche einen Tag nach der Abholung abgelegt. Im Prinzip ist es auch eine Art Müllablage. Es sollte eine bestimmte Frist für die Ablage geben. Ist es ein örtliches, die Siedlung betreffendes Problem oder kommt ähnliches auch in anderen Siedlungen vor?

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Meinerseits ist es noch nicht beobachtet worden. Es gibt die so genannte Landkreis-App, LKM Abfall+. Diesbezüglich soll demnächst ein Hinweis in der KiMi erfolgen.

GRM Prohaska:

Ein Hinweis in der KiMi, dass das Abladen von Müll auf öffentlichem Grund grundsätzlich strafbewehrt ist, wäre erwünscht. Die Müllsäcke sollen erst unmittelbar vor der Abholung abgestellt werden.

GRM Dr. Zenner zur Genehmigung des Haushaltsplans 2025:

Es wird um die Vorstellung des Bescheides über die Haushaltsgenehmigung gebeten.

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Der Bescheid wird zum Protokoll hinzugefügt.

GRM Proffert zur Antragstellung vom 01.05.2025:

Am 01.05.2025 wurde ein Antrag vom VFW gestellt. Ist die E-Mail-Adresse .dl-gemeinderate-2020 nicht mehr korrekt?

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Mir ist nichts bekannt. Bitte erneut senden.

GRM Proffert zum Antrag Kundenbeirat bei der AFK:

Wird dieser Antrag mitbehandelt? Dies war eine Anfrage, angeschlossen an den Antrag der SPD.

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Dieser Antrag ist ebenfalls nicht bekannt.

GRM Dr. Harlander:

Zum Thema können wir gerne ein Telefonat führen.

GRM Proffert zur nicht verschlossenen Tür zur Autobahn:

Zwischen der Tennisanlage SVH und dem Skaterplatz gibt es eine nicht verschlossene Tür zur Autobahn, die ab und zu Kinder passieren. Wer ist für diese Tür zuständig? Kann die Gemeinde diese Tür schließen? Das Öffnen der Tür sollte von der Autobahn aus, zwecks Fluchtweg zwar möglich sein, aber nicht zur Autobahn hin.

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Handelt es sich um die Tür im Lärmschutzwall zur Transportleitung fürs Flugbenzin? Dies muss überprüft werden. Es ist keine Zuständigkeit der Gemeinde, soll allerdings der Autobahn gemeldet werden.

GRM Proffert zur Wohnungsvergabe Am Berganger:

Würde sich ein Antrag lohnen, indem die SOBON Förderung angepasst wird, damit schwer vermittelbare Wohnungen leichter vergeben werden können? Mehr Förderung, dafür weniger Wohnungen?

Antwort Erster Bürgermeister Stephan Keck:

Für bestehende Städtebauliche Verträge ist es nicht möglich. Bei künftigen Verträgen wird es redaktionelle Änderungen geben. Aufgrund der Bestandsverträge hat die Gemeinde keinen großen Spielraum, wenn es Probleme bei der Vergabe gibt.

Ende der öffentlichen Sitzung um 20:15 Uhr

ANWESENHEITSLISTE**- ANLAGE 1 -****05. Sitzung des Gemeinderates am Dienstag, den 13.05.2025,**

Ort: in der Mensa der Grund- und Mittelschule Kirchheim, Heimstettner Straße 12, 85551 Kirchheim b. München

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:07 Uhr

| Name | Funktion | Unterschrift |
|------------------------|----------------------|---------------------|
| Mitglieder: | | |
| Stephan Keck | Erster Bürgermeister | <u>anwesend</u> |
| Michael Dirl | Gemeinderat | <u>entschuldigt</u> |
| Franz, Josef Glasl | Gemeinderat | <u>entschuldigt</u> |
| Franz Graf | Gemeinderat | <u>anwesend</u> |
| Andrea Haas | Gemeinderätin | <u>anwesend</u> |
| Dr. Michaela Harlander | Gemeinderätin | <u>anwesend</u> |
| Dr. Johann Hausladen | Gemeinderat | <u>anwesend</u> |
| Marianne Hausladen | Gemeinderätin | <u>entschuldigt</u> |
| Tanja Heidacher | Gemeinderätin | <u>anwesend</u> |
| Dr. Thomas Heinik | Gemeinderat | <u>anwesend</u> |
| Wolfgang Heinz-Fischer | Gemeinderat | <u>anwesend</u> |
| Luis Huber | Gemeinderat | <u>entschuldigt</u> |
| Thomas Jännert | Gemeinderat | <u>anwesend</u> |
| Stefanie Jürgens | Gemeinderätin | <u>anwesend</u> |
| Gerd Kleiber | Gemeinderat | <u>anwesend</u> |

ANWESENHEITSLISTE**- ANLAGE 1 -**

| | | |
|----------------------|---------------|---------------------|
| Petra Mayr | Gemeinderätin | <u>anwesend</u> |
| Beate Neubauer | Gemeinderätin | <u>anwesend</u> |
| Marcel Proffert | Gemeinderat | <u>anwesend</u> |
| Marcel Prohaska | Gemeinderat | <u>anwesend</u> |
| Rolf Siegel | Gemeinderat | <u>anwesend</u> |
| Florian Sift | Gemeinderat | <u>anwesend</u> |
| Berit Vogel | Gemeinderätin | <u>entschuldigt</u> |
| Andreas Zenner | Gemeinderat | <u>entschuldigt</u> |
| Dr. Christian Zenner | Gemeinderat | <u>anwesend</u> |
| Lea Zenner | Gemeinderätin | <u>anwesend</u> |
| Johannes Pinzel | | anwesend |
| Markus Böhmfeld | | anwesend |
| Raphael Tränkle | | anwesend |
| Stefan Kammermeier | | anwesend |
| Anita Immler | | anwesend |